

<b>Fraktionsantrag</b>	Vorlagen-Nr.: <b>VO/4965/2016</b>
	Status: öffentlich
	Datum: 01.07.2016
Antragstellende Fraktion/en: Piratenpartei	

Beratungsfolge:		
<b>Gremium</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Sitzung ist</b>
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung Marburg	Entscheidung	Öffentlich

**Antrag der Piratenpartei betr.: Bürgerbeteiligung 2016 III - Bevölkerungsbefragungssystem**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, in Marburg mehr Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten zu schaffen.

Zur Verbesserung einer rückkopplungsfähigen Vernetzung von Gemeindevertretung und Bevölkerung wird der Magistrat gebeten, eine Bevölkerungsbefragungsinfra-struktur zu schaffen, die drei Anforderungen erfüllt:

- (1) Für ein/e von der Gemeindevertretung formulierte/s Problem/Frage können in der Stadt Marburg ansässige Bewohnerinnen und Bewohner frei formulierte Lösungsvorschläge einbringen (Beispiel: Was soll mit dem Lokschuppen geschehen?). Ziel dieses Ansatzes ist es, zusätzliche Ideen in die städtischen Entscheidungsfindungen einfließen lassen zu können.
- (2) Aus einer von der Gemeindevertretung vorgegebenen Auswahl an Lösungsmöglichkeiten für eine Fragestellung bzw. eine Problembeschreibung kann die Marburger Bevölkerung eine Auswahl treffen (Beispiel: Soll es in Marburg mehr Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten geben? Ja, Nein, Enthaltung). Ziel dieses Ansatzes ist es, ein Meinungsbild einzuholen oder eine direkte Entscheidung treffen zu lassen.
- (3) Die Befragungsinfrastruktur muss sowohl mit als auch ohne Internet und Computer nutzbar sein.

Um Menschen ohne Internetzugang und/oder eigenen Computer die Teilhabe zu ermöglichen, wird an zentraler Stelle der Stadt (z.B. im Rathaus)

- (a) mindestens eine öffentlich zugängliche Befragungsurne eingerichtet.
- (b) mindestens ein öffentlich zugängliches und internetfähiges Computerterminal (gerne mit Freifunkzugang) eingerichtet.

Nach Inbetriebnahme der Befragungsinfrastruktur, soll diese in einer mindestens zweijährigen Erprobungsphase getestet und anschließend dem Stadtparlament darüber berichtet werden.

Zur Auswahl geeigneter Software für den Internet-basierten Bereich der Befragungsinfrastruktur wird der Magistrat gebeten, eigene Vorschläge zu erarbeiten und dem Stadtparlament darüber zu berichten, sofern ihm die folgenden beiden (quelloffenen) Vorschläge nicht geeignet erscheinen (was dem Stadtparlament gegenüber dann im Vorfeld eines Einsatzes zu berichten und zu begründen wäre):

- (1) DemocracyOS: Ideeneingabeportal und -diskussion durch die Bevölkerung.
- (2) Helios: Online-Befragungs- und Abstimmungssystem.

Die Software des Online-Bereichs der Befragungsinfrastruktur soll quelloffen sein.

#### Begründung:

In anderen Kommunen sind verschiedene Formen von Bürgerbeteiligung längst gängige Praxis. Zwei prominente Beispiele hierfür sind Bürgerbeteiligungssatzungen und Bürgerhaushalte, wo klare Regeln zur direkten Beteiligung von Bürgern etabliert wurden und Bürger über den Finanzhaushalt mitentscheiden.

Die in Marburg praktizierten Formen von Bürgerbeteiligung konzentrierten sich nach unserer Wahrnehmung bislang hingegen vornehmlich auf das gesetzlich strikt vorgeschriebene, einen Online-Mängelmelder und diverse Formen von Diskussions- und Informationsveranstaltungen, z.B. Runde Tische.

Wir sind der Ansicht, dass in Marburg mehr möglich ist und möchten mit diesem Antrag dafür werben, die Bevölkerung stärker mit Eigenvorschlägen teilhaben zu lassen und an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Wir sprechen in diesem Antrag auch absichtlich nicht von einem Bürgerbefragungssystem, das nur in Marburg behördlich gemeldete Staatsbürger umfassen würde, sondern von einer Beteiligung der gesamten in Marburg lebenden Bevölkerung.

Spätestens anlässlich der Bürgerbefragung zur Einrichtung weiterer Ortsbeiräte ist in Marburg deutlich geworden, dass Elemente direkter Bürgerbeteiligung durchaus Kosten verursachen können. Um diese möglichst gering zu halten, sollte aus unserer Sicht der formal-organisatorische Aufwand, die Personal- und die Materialkosten für Befragungen und Abstimmungen auch angesichts angespannter Haushaltslagen eher reduktionistisch gestaltet werden.

Um dies zu erreichen, ist es sinnvoll, elektronische Systeme einzusetzen. Dabei muss aber vermieden werden, dass Menschen ohne eigenen Internetanschluss und eigene Computerausstattung ausgegrenzt und an der Teilhabe behindert werden.

Beide Ansprüche können in der oben beschriebenen Form durch eine Kombination von internetvernetztem Online-System und traditioneller Urne erfüllt werden.

#### **Quellen:**

Typisches virtuelles Meinungsbild (vMB), wie es die Marburger Piraten für jeden ins Parlament eingebrachten Antrag unter allen Kreisverbandsmitgliedern durchführen:  
<https://vote-mabi.piratenpartei-hessen.de/auswertung.php?id=88486>

DemocracyOS:  
<http://democracyos.org/>

Helios:  
<https://vote.heliosvoting.org/>

**Dr. Michael Weber**